



Kanzler herbeizitiieren, im Ministerrat Obstruktion betreiben: Bei einer Neuauflage von Türkis-Blau könnte Herbert Kickl „die Regierung vor sich hertreiben“, heißt es.

## Klubchef Kickl als koalitionärer Störenfried

Bei Türkis-Blau II könnte der FPÖ-Mann erneut seinen Einfluss geltend machen: Denn die Klubobleute von Regierungsparteien sitzen an allen Schalthebeln einer Koalition.

Nina Weißensteiner

Eineinhalb Jahre lang schaltete und waltete Herbert Kickl ungehindert im Innenministerium, mit über 30.000 Mitarbeitern sowie einem Haushaltsvolumen von rund 3,2 Milliarden Euro ausgestattet, ehe ÖVP-Chef Sebastian Kurz den Freiheitlichen nach Aufwiegen der Ibiza-Affäre als nicht mehr ministrabel erachtete. Seitdem gilt Kickl bei einer Neuauflage von Türkis-Blau als erster Anwärter auf den FPÖ-Klubobmann – also jenes Amt, das er sich derzeit mit Norbert Hofer, Parteichef, aber Vizekanzler in spe, teilt.

Erst unlängst zu Kickls möglicher Schlüsselposition bei einer Fortsetzung der Koalition befragt, erklärte Kurz auf Ö1, dass er sich in die internen Entscheidungen anderer Parteien nicht einmische. Doch schon wenig später präziserte der Ex-Kanzler via APA, dass die Zusammenarbeit zwischen der Regierung und den jeweiligen Klubobleuten freilich „reibungslos“ funktionieren müsse.

Auch wenn der Ex-Innenminister bei Türkis-Blau II nicht mehr von A wie Asyl bis Z wie Zivildienst und auch nicht bei der Durchführung von Wahlen der oberste Zuständige ist: Was könne

te Kickl als Klubchef alles anrichten? „Keine Frage, er kann die Regierung vor sich hertreiben“, sagt Andreas Schieder, einst SPÖ-Klubchef zu Zeiten der nicht gerade einträchtigen rot-schwarzen Koalition, nun Delegationsleiter seiner Partei im EU-Parlament. Und in einem Punkt gibt Schieder sogar Kurz recht: „Statutarisch wie rechtlich“ sei es dem jungen Altkanzler, der demnächst wieder einen Regierungsbildungsauftrag erhalten dürfte, „nicht möglich“, auf die FPÖ einzuwirken, einen anderen Klubchef zu ernennen.

### Mächtiger als Minister

Wegen der parlamentarischen wie regierung-internen Usancen wäre es dem Klubchef einer Regierungsfraktion – und so auch Kickl – aber jederzeit möglich, sich als maßgeblicher Strippenzieher, aber genauso gut als Sprengmeister einer Koalition zu betätigen, meint Schieder. Und er ist auch davon überzeugt: „In dieser Rolle hat man mehr Macht und Einfluss als ein Minister.“

Denn sowohl an den Koordinierungssitzungen als auch an den Ministerräten nehmen die jeweiligen Klubobleute teil. Zu den wö-

chentlichen Regierungssitzungen hält Parlamentarismusexperte Werner Zögernitz fest: „Dort haben sie wie die Staatssekretäre Rederecht, aber kein Stimmrecht.“ Da die Beschlüsse in den Ministerräten aber stets einstimmig erfolgen, können die Fraktionschefs in dem Gremium bestens Stimmgewinn für oder gegen bestimmte Agenden machen.

Denn generell wandern sämtliche Gesetzesvorhaben über ihren Tisch, ehe sie im Nationalrat – zumindest mit Regierungsmehrheit – abgesegnet werden. Davor ist es stets Aufgabe eines koalitionären Klubchefs, für die entsprechende Disziplin bei seinen Abgeordneten zu sorgen. „Damit hat er quasi das Umsetzungsmonopol“, erklärt Zögernitz, und auch: „Jeder Minister braucht ihn, damit seine Gesetze auch beschlossen werden.“

Schieder beschreibt, wie Kickl als Klubchef die ganze türkise Regierungshälfte unter Druck setzen könnte: „Vor Abstimmungen kann man im letzten Moment mit Änderungsanträgen drohen – und diese auch einbringen.“

Ebenfalls in der Macht der Klubchefs und keineswegs von Regierungsmitgliedern: Über die Präsi-

diale, der auch alle drei Nationalratspräsidenten angehören, gestalten sie das Parlamentsgeschehen wesentlich mit. Das bedeutet: Die Klubobleute mischen beim Ablauf von Plenarsitzungen mit, setzen die Tagesordnungspunkte fest und koordinieren die Ausschüsse.

Und auch dabei können sie die Koalitionsspitzen „sekkieren“, wie es Schieder ausdrückt, denn: „Natürlich nimmt man vor ihren Auftritten im Parlament meist Rücksicht auf ihre anstehenden Absenzen“ – etwa wenn bei Ministern ihr Bundesländertag anstünde. Bei Kurz aber, „der immer irgendwo“ sei, ließe sich mit Ignoranz hinsichtlich seines Terminkalenders „ganz leicht viel Stress erzeugen“.

### Abwahl aussichtslos

Genauso wie ein Kanzler beim Klubchef des Koalitionspartners nichts mitzureden hat, gilt auch seine Abwahl als höchst unwahrscheinlich. „Die Obleute sind in der Regel für die Periode vom Klub gewählt und haben damit starken Rückhalt“, so Zögernitz – und schon gar nicht lasse sich eine Partei so jemanden von außen hinauschießen. Das heißt: Auch Kickl bliebe – komme, was wolle.

## Der Nationalrat wird bei letzter Sitzung zur Wahlkampfbühne

Wien – Die letzte Plenarsitzung vor der Nationalratswahl steht ganz im Zeichen ebendieser. Letzte inhaltliche Schwerpunkte der wahlwerbenden Parteien werden auf Tapet gebracht, auch verbleibende türkise-blaue Initiativen stehen zur Abstimmung.

So wollen ÖVP, FPÖ und Neos die „Schuldenbremse“ in der Verfassung verankern, spätestens im Bundesrat könnte der Antrag aber scheitern. Das von Türkis-Blau initiierte äußerst umstrittene Gewaltschutzpaket dürfte dagegen durchgehen. Es sieht höhere Strafen und eine Anzeigepflicht des Gesundheitspersonals aus bei Vergewaltigungsverdacht vor.

Neben einem Initiativantrag zum Verbot von Ökesselanlagen haben zwei Anträge zur Novellierung des Ökrostgesetzes gute Chancen auf einen Beschluss. Die SPÖ will den Rechtsanspruch auf Pflegekarenz und Pflegezeit durchbringen. Zustimmung gibt es von ÖVP und FPÖ. Abgestimmt wird außerdem über mehrere Entschließungsanträge – darunter einen Neos-Vorstoß zum Informationsfreiheitsgesetz. Abseits davon befasst sich der Nationalrat auch mit den Abschlussberichten der Untersuchungsausschüsse zu BVT und Eurofighter sowie einigen Rechnungshofberichten. (wif)

Kommentar Seite 32

## WAHLKAMPFSPITTER

### Was noch nicht entschieden ist

#### NEUES TÜRSCHILD

Der Wandel hat sich am Schild der ÖVP-Zentrale zu schaffen gemacht. Das Schild in der Lichtenfelsgasse sei, um die Sponsoren der Partei erweitert“ worden, teilte die Kleinpartei mit. Damit wolle man transparent machen, „wer dort wirklich das Sagen hat“. Auf dem Etikett sind unter anderem die Logos des Motorradherstellers KTM und des Baukonzerns Porr zu sehen.

#### GENEG EINSAMKEIT

Mit einem gemeinsamen Appell werden sich Kardinal Christoph Schönborn und Caritas-Präsident Michael Landau in der Woche vor der Nationalratswahl an die künftige Bundesregierung: „Wer auch immer das Land in den nächsten Jahren regiert, sollte die stille Not der Einsamkeit bekämpfen.“

#### NEUES PLAKAT

ÖVP-Generalsekretär Karl Nehammer präsentierte am Dienstag die „Wahlplakat-Schlussujets“ seiner Partei. Der Slogan darauf: „Kurz muss weg.“ Aber Du entscheidest.“ Nehammer warnte bei der Plakatenthüllung: „In Wahrheit ist noch nichts entschieden.“

#### WENIGER WERBUNG

Für Wahlwerbung geben die Parteien heuer deutlich weniger aus als 2017. Die Marktforscher von Focus Media Research beobachteten bisher nur sechs Millionen Euro, aus denen bis Sonntag noch zehn werden könnten. 2017 waren es brutto 19,4 Millionen. Die höchsten Budgets in klassischen Medien (ohne Social Media und Suche) buchte die SPÖ vor ÖVP und FPÖ.

## 15 Prozent dürfen nicht an Wahl teilnehmen

SOS Mitmensch rief zur „Pass-egal-Wahl“ auf – Kritik an „Demokratiekluft“

Wien – Ihre Zahl nimmt laufend zu: die jener Menschen, die seit langer Zeit hier leben, Kinder und Jobs in Österreich haben und Steuern und Versicherungsbeiträge zahlen, aber nicht an Wahlen teilnehmen dürfen. Derzeit sind es rund 1,2 Millionen Menschen, die wegen des strikten Staatsbürgerschaftsrechts und des exklusiven Wahlrechts von Wahlen ausgeschlossen sind, obwohl sie ihren Lebensmittelpunkt in Österreich haben. Gemessen an der Wohnbevölkerung über 16 Jahre sind das rund 15,5 Prozent.

Um auf das Problem aufmerksam zu machen und den Betroffenen eine symbolische Möglichkeit der Mitbestimmung zu bieten, veranstaltete SOS Mitmensch bereits zum sechsten Mal die „Pass-egal-Wahl“. In 15 Wahllokalen in ganz Österreich konnten am

Dienstag Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft ihre Stimme abgeben. Die Wahl wurde von ehrenamtlichen Beisitzern, die von SPÖ, Neos, Grünen, KPÖ und Wandel entsendet wurden, begleitet. „Öffnen wir unsere Demokratie für die Menschen, die hier leben“, forderte Alexander Pollak, Sprecher von SOS Mitmensch. Die NGO spricht von einer „wachsenden Demokratiekluft“, weil immer mehr Menschen die Bedingungen in ihrem Land nicht beeinflussen können.

### Hohe Hürden

Der österreichische Zugang zum Wahlrecht gilt im internationalen Vergleich als besonders restriktiv. Wer sich einbürgern lassen möchte, muss hohe Einkommenshürden überschreiten und diverse weitere Voraussetzungen

erfüllen. Zudem muss man die Staatsbürgerschaft des Herkunftslandes abgeben, was viele aus diversen Gründen vor der Einbürgerung in Österreich zurückschrecken lässt. Das Wahlrecht ist jedoch strikt an die österreichische Staatsbürgerschaft gekoppelt. Die einzigen Ausnahmen sind Europawahlen und Bezirksvertretungswahlen, hier können Nichtösterreicher mit einem EU-Pass teilnehmen. Alle anderen Ausländer sind auch hier nicht berechtigt, ihre Stimme abzugeben oder selbst bei der Wahl zu kandidieren.

Das Endergebnis der „Pass-egal-Wahl“ wurde am Dienstag um 22.30 Uhr auf dem Wiener Minoritenplatz verkündet, zu Redaktionchluss lag es noch nicht vor. Im Jahr 2017 hatten sich 2000 Personen mit Pässen aus 75 Ländern an der Wahl beteiligt. (red)